Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 53 (1959)

Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau : zähes Ringen in Genf ; Das neue Alldeutschtum ; Geteiltes Amerika ; Der lateinische Block ; Indien in Bewegung ; "Gelenkte Demokratie" in Indonesien ; China, Tibet und der Sowjetblock ; Sozialismus und Abrüstung!

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140371

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

während die Summe der Ausgaben für die Kriegsvorbereitungen in aller Welt so hoch angelaufen ist, daß man mit diesen Mitteln in kurzer Zeit ein neues Land mit modernen Städten, Fabriken, Gärten errichten könnte, in dem für mehr als hundert Millionen Menschen ein hoher Lebensstandard sichergestellt wäre . . .

Darum ist es notwendig, ohne Zeitversäumnis die Tätigkeit aller, die den Frieden wünschen, mit noch größerer Aktivität zu vereinigen, ohne Energien zu schonen, damit heute der Zusammenfluß der Anstrengungen aller Menschen auf dem Erdball zu einem einzigen Strom erreicht wird, damit schon jetzt ein unbezwinglicher Wall gegen die Entfesselung des Krieges zustande kommt. Die Völker der sozialistischen Länder erkennen das sehr wohl. Breite Massen von Menschen in Japan, England, in Westdeutschland, Frankreich und ebenso in den Vereinigten Staaten von Nordamerika beginnen, dies immer mehr zu erkennen. Einen großen Beitrag zur Sache, zur Verhinderung eines Krieges, leisten Indien und andere friedliebende Länder, die sich von kolonialer Abhängigkeit befreit haben . . . Auf den Völkern Westdeutschlands, der USA, Englands, Frankreichs, Japans, Italiens liegt für die Lösung dieser Frage eine besonders große Verantwortung.

Wenn wir unseren westlichen Partnern gelegentlich unangenehme, scharfe Reden widmen, so tun wir das nur mit einer einzigen Absicht: um auf die schnellste Weise zu einem Einvernehmen über das Verbot der Atom- und Wasserstoffbombenversuche zu kommen. Wir glauben fest daran, daß wir das erreichen; die Völker werden zu ihrem Recht kommen, und die Verseuchung der Luft wird endlich ein Ende nehmen . . . (Aus: «Stimme der Gemeinde», 15. Juli 1959.)

WELTRUNDSCHAU

Zähes Ringen in Genf Nun ist also, während diese Zeilen geschrieben werden, die Genfer Außenministerkonferenz nach ihrem dreiwöchigen Unterbruch aufs neue in vollem Betrieb, der freilich bald wieder in eine richtige Sackgasse geführt hat. Das Markten und Seilziehen geht, bei wachsender Ermüdung des Publikums, im schönsten diplomatischen Stil weiter, vor und hinter den Kulissen. Weiter geht aber namentlich auch das Bemühen der Westmächte, für den kritischen Verlauf der Verhandlungen in erster Linie oder ausschließlich die Russen verantwortlich zu machen, die eben darauf ausgingen, die Streitkräfte der «freien Welt» aus Westberlin zu vertreiben und Westdeutschland selbst militärisch wehrlos zu machen, um es ebenfalls ihrem Herrschaftsbereich einzugliedern, während die Vertreter Amerikas, Englands und Frankreichs in Genf nichts anderes täten, als diesem tücki-

schen Unterfangen so einig und unnachgiebig entgegenzutreten, als es unter den obwaltenden Umständen überhaupt möglich sei.

All diesen täglich fortgesetzten Verneblungsversuchen gegenüber muß immer wieder die wirkliche Sachlage klargestellt werden. Sie ist für jeden Sehenwollenden zum Greifen deutlich. Worauf die Sowjetunion in Wahrheit ausgeht, das ist die Ausschaltung der immer bedrohlicher werdenden Gefahr des neuen westdeutschen Militarismus und Imperialismus, der schon zwei Weltkriege auf dem Gewissen hat und einem dritten anscheinend mit größten Hoffnungen — weil diesmal mit den Westmächten im Rükken — entgegensteuert. Die Sowjetunion sucht deshalb mit den Westmächten ins reine zu kommen, bevor die Bundesrepublik wieder voll aufgerüstet ist und Atomwaffen besitzt und bevor Westdeutschlands kapitalistische Wirtschaft so erstarkt ist, daß sie ganz Westeuropa beherrschen kann, wozu sie jetzt mit der Montanunion, dem Gemeinsamen Markt, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft usw. auf dem besten Weg ist. Die Westmächte aber, von Bonn aus immer offener aufgestachelt, lehnen das mit verblendeter Hartnäckigkeit ab. Sie sind entschlossen, Westdeutschland weiterhin gegen den Osten aufzurüsten und mit H-Bomben zu versehen, Westberlin als Propaganda- und Militärstützpunkt zu behaupten und die Anerkennung der ostdeutschen Republik zu verweigern in der Hoffnung, die Einigung Deutschlands durch den einfachen Anschluß der DDR an die Bundesrepublik und damit an den Westblock herbeiführen zu können, der dann bis zur Oder und Neiße vorgeschoben wäre. Kurz, sie halten krampfhaft an der Politik der gewaltsamen Zurückdrängung, ja Zerschlagung des Ostblocks fest, wie sie seit Roosevelts Tod planmäßig entwickelt wurde, obschon sich die Lage seit der schönen Zeit, da Amerika im Alleinbesitz der Atombombe war, gründlich geändert und das west-östliche Kräfteverhältnis sich durch die wirtschaftliche Erstarkung der kommunistisch regierten Staaten und durch den Beitritt Chinas zum Ostblock wesentlich verschoben hat. Gegen diese Tatsache kommt kein Freiheitsgeschrei auf, wie es, als Maskierung der westlichen Machtpolitik, namentlich von Westberlin aus immer und immer wieder erhoben wird; es wirkt nur heuchlerisch, solange die Notwendigkeit, die neue deutsche Gefahr endlich zu beseitigen — eine Lebensnotwendigkeit nicht nur für die Ostvölker, sondern für ganz Europa, ja die Welt —, beharrlich geleugnet oder verkannt wird.

Natürlich haben die Russen bald erkannt, daß mit den Westmächten über diese Notwendigkeit einfach nicht zu reden ist. Die bürgerliche Welt braucht eben die Lüge von der sowjetischen Kriegsdrohung, die nur durch atomare Abschreckung zu bannen sei, um die Völker von der immer dringlicher werdenden sozialen Umwälzung abzuhalten und die alte, angeblich auf Freiheit und Menschenrecht aufgebaute gesellschaftliche Ordnung zu stützen, und um anderseits

durch dauernd höher getriebene militärische Rüstungen die kapitalistische Wirtschaft vor Krise und Versagen zu schützen. Die Sowjetunion beschränkt sich deshalb in Genf darauf, die DDR gegenüber der Bundesrepublik und dem Westen überhaupt zu stärken (was sie bei der Unbeliebtheit des Regimes Ulbricht sehr nötig hat!), die diplomatische Anerkennung des ostdeutschen Teilstaates zu erlangen und der Vergiftung des Verhältnisses zwischen West- und Ostdeutschen durch den Westberliner Propagandaapparat entgegenzuwirken. Sie hat in diesem Sinn schon mancherlei Zugeständnisse gemacht, so indem sie dem dummen Geschwätz von einem Ultimatum, das sie den Westmächten gestellt habe, durch die Erklärung begegnete, sie werde so lange als möglich über Berlin verhandeln und nur im Notfall eigenmächtig vorgehen, also ihre Truppen aus Ostberlin zurückziehen, die Kontrolle des militärischen Verkehrs zwischen Westdeutschland und Westberlin der DDR übergeben und einen Sonderfrieden mit Ostdeutschland abschließen. Das sollte wirklich die Gefahr eines gewollten oder ungewollten Krieges um Berlin ausschalten und wenigstens eine Zwischenlösung der Berliner Frage erleichtern. Allein die Westmächte finden all diese und andere Zugeständnisse der Gegenseite ungenügend und versteifen sich darauf, daß die Russen sich förmlich verpflichten, den doch einfach unhaltbar gewordenen Stand der Dinge in Westberlin aufrechtzuerhalten, daß die Regierung der DDR nicht anerkannt werden dürfe und daß die Einigung Deutschlands durch die berühmten «freien Wahlen» herbeigeführt werden müsse. Wie da die Konferenz zu einem auch nur halbwegs befriedigenden Ende gebracht werden soll, ist schwer zu sagen; doch scheint sich — wie im Augenblick die Dinge liegen — immerhin die Möglichkeit abzuzeichnen, die Vorarbeit für eine Annäherung der beiden deutschen Teilstaaten auf irgendeinen «gesamtdeutschen Ausschuß» unter Mitwirkung der vier Besetzungsmächte oder eine «Viermächtekommission» unter deutscher Mitwirkung abzuschieben und die Verkehrskontrolle an der Grenze Westberlins ostdeutschen Beamten als «Agenten der Sowjetunion» zu überlassen. Ein solcher oder ähnlicher Kompromiß würde wenigstens die Möglichkeit schaffen, die große Konferenz der Staatsoberhäupter einzuberufen, auf die Moskau — ich verstehe nicht recht warum — so unermüdlich drängt und die auch der britischen Regierung im Hinblick auf die bevorstehenden Unterhauswahlen willkommen wäre. Durch eine diplomatische Mäßigung seiner oft so hemmungslos groben Sprache könnte der sowjetische Diktator dazu ein Erhebliches beitragen.

Das neue Alldeutschtum Von Westdeutschland aus wird selbstverständlich ganz dreist bestritten, daß es so etwas wie eine deutsche Gefahr für den Frieden überhaupt gebe. Es ist das gleiche Lied, das wir schon vor dem Ersten und dann wieder vor dem Zweiten Weltkrieg gehört haben. Keine noch so schwere Erfahrung, weder der Zusammenbruch des Kaiserreiches noch

die Katastrophe des Hitlerreiches hat die Westdeutschen belehrt, daß ihr ganzer bisher begangener weltpolitischer Weg von Grund auf falsch war und nur eine völlig entschlossene Umkehr, die nicht mehr rückwärts schaut, den dritten, endgültigen Zusammenbruch des deutschen Machtstrebens abwenden könnte. Friedrich Wilhelm Foerster, der seit den Tagen des Ersten Weltkrieges unermüdlich und tiefernst wie kein anderer die Deutschen wie die anderen Völker gewarnt und gemahnt hat, ruft auch jetzt wieder — er hat kürzlich in Neuyork, verarmt und fast erblindet, seinen 90. Geburtstag begehen können — zur hellsten Wachsamkeit gegenüber der deutschen Gefahr auf. «Es ist kaum wahrscheinlich», so schreibt er in seinen Lebenserinnerungen, «daß der Nazismus, der an die Person Hitlers gebunden war, wieder zur Macht kommt, oder daß das, was man den preußischen Militarismus nennt, eine neue Führerrolle übernehmen könnte. Diesmal wird er dienen und nicht herrschen.» Wem wird er dienen? fragt Foerster. Und antwortet: «Einer neuen deutschen geopolitischen Führerschaft», das heißt einem machtmäßig und wirtschaftlich ausgerichteten neuen Imperialismus mit weitgesteckten Zielen, wie Foerster sie auf Grund eindeutiger Dokumente und Erklärungen einiger ihrer Hauptvertreter geschildert hat. «Eine solche neue nationalistische Konsolidierung wird sich in Deutschland durchsetzen und offene Tore in die weite Welt hinaus finden, wenn sich nicht in letzter Stunde weit stärkere Gegenwirkungen zur Geltung bringen, als es diejenigen des liberalen oder des christlichen Deutschlands sind, deren dem Nationalismus entgegengesetzte weltpolitische Orientierung bisher ohne hinreichende programmatische Klarheit und Sicherheit gewesen ist. Was jenen neuen geopolitischen Nationalismus betrifft, so würde er, gemäß den oben berichteten Plänen, zunächst darauf ausgehen, sich zum Herrn von Deutschland und dann zum Herrn von Europa zu machen, sodann Afrika (als Rohstoffgebiet) in seine Gewalt zu bringen, um dann von solcher Grundlage aus mit Hilfe einer zur letzten Vollendung gebrachten Zerstörungstechnik einen großzügigen Versuch zu wagen, die russisch-asiatische Welt niederzuzwingen — welcher Versuch dann zweifellos mit dem Untergang Deutschlands enden würde. Sind doch die Deutschen mit jener Art von Schachspielern zu vergleichen, die sich geniale Schachzüge ausdenken, aber keine Phantasie haben, um die Gegenzüge des Gegenspielers richtig und umsichtig vorauszusehen. Diese blinde Überschätzung des eigenen Potentials und diese Mißachtung fremder Kraftreserven und fremden Lebenswillens hat den Deutschen schon zwei Katastrophen eingebracht: die dritte würden sie nicht überleben.»

Ein Streiflicht auf das, was sich vorbereitet, wirft die Art und Weise, wie die Führung der neuen westdeutschen Armee aufgebaut wird. «Wie sieht diese Armee aus? Jeder Demokrat gilt den westdeutschen Militaristen als suspekt. Darum sind 100 Prozent der Offiziere der Bundeswehr aus der Hitler-Armee übernommen. Das Gewaltinstru-

ment des Bonner Staates wird kommandiert durch ein von Demokraten chemisch gereinigtes Offizierskorps, in dem es keinen Antifaschisten, keinen Arbeiter gibt . . . Alle Generale und Admirale der Bundeswehr haben sich an den Überfällen auf Deutschlands Nachbarn und England beteiligt und wurden dafür von Hitler mit höchsten faschistischen Orden dekoriert. 45 von ihnen bekleideten bereits unter Hitler den Generalsrang, und sieben von ihnen figurierten auf Kriegsverbrecherlisten und wurden abgeurteilt . . .

Der westdeutsche Kriegsminister Franz Josef Strauß hat die Beförderung der hochgestellten Aktivisten der Hitlerschen Invasionskriege zum System erhoben. Die von ihm in den letzten Monaten zu Generalen beförderten Obersten setzten sich ausnahmslos als Spezialisten des Hitlerschen Generalstabs und führende Teilnehmer seines Krieges ein.»

So schreibt Albert Norden in der «Weltbühne» (Nr. 23/1959) und belegt es mit einer Liste von Namen, deren Zuverlässigkeit kaum angezweifelt werden wird. Im Bereich der Westmächte und ihrer Parteigänger macht man gegenüber solchen Erscheinungen, genau wie gegenüber den Foersterschen und anderen Warnungen, bewußt Augen und Ohren zu. Aber wird sich der Westen mit seiner Unterstützung der militärischen (und wirtschaftlichen!) Wiederaufrüstung Westdeutschlands zuletzt nicht doch ins eigene Fleisch schneiden? Wird sich die Führerschaft der Bonner Republik, wenn sie einigermaßen fertig zu sein glaubt, nicht selbstbewußt und anmaßend gegen den gleichen Westen kehren, der sie in den Sattel gehoben hat — vielleicht zunächst auf Grund einer Verständigung mit der Sowjetunion, die man dann, wenn der erste Streich gelungen wäre, wie 1941 selbst anpacken würde? Die westlichen «Staatsmänner», die jetzt so fest und treu zu Adenauer, Strauß, Brandt & Cie. stehen, täten gut, sich solche Fragen einmal in allem Ernst auch zu stellen . . .

Geteiltes Amerika Wenn sie das heute noch nicht tun, so liegt das eben daran, daß die Solidarität der kapitalistischen Reaktion aller Länder sie immer nur auf die Gefahr einer sozialen Umwälzung von Osten her starren läßt, die sie mit Hilfe der künstlich erzeugten Russenangst der Westvölker bannen zu können hoffen, während sie die wirkliche Gefahr, die dem Frieden vom neudeutschen Imperialismus her droht und die auch die kapitalistischen Interessen der Weststaaten schwer in Mitleidenschaft zieht, einfach übersehen oder doch sehr geringschätzen. Das gilt vor allem von den regierenden Kreisen der Vereinigten Staaten. «Regierende Kreise» ist zwar etwas viel gesagt, hat man doch nicht zu Unrecht bemerkt, daß es in Washington gegenwärtig zwar eine Verwaltung gebe, aber keine Regierung. In der Tat, Präsident Eisenhower mag alles Mögliche sein, aber ein politischer Führer ist er nie gewesen, und

seit dem erzwungenen Ausscheiden seines innenpolitischen Ratgebers Sherman Adams und dem Tod von John Foster Dulles, dem er blindlings die ganze Außenpolitik überließ, steht er hilfloser da als je; denn Vizepräsident Nixon, der auf Eisenhowers Nachfolge rechnet, wird wegen seines ehrgeizigen Scharfmachertums von der Umgebung des Präsidenten sehr energisch zurückgebunden und kann vorderhand die Zügel der Regierung doch nicht wirklich ergreifen. Was übrig bleibt, ist so ein Regieren «von der Hand in den Mund», ein Fortwursteln im bisherigen Stil, das heißt außenpolitisch der Weiterbetrieb des üblichen Antikommunismus und der Rüstungsmaschinerie, wobei die Geschäftsinteressen der von der Aufrechterhaltung einer internationalen Dauerspannung lebenden Industrie- und Finanzkreise eine besonders hervorragende Rolle spielen.

Das unterstreicht sehr stark Professor Paul Baran (von der Universität Stanford, Kalifornien) in der Neuyorker «Nation», wenn er (Nr. 13/1959) feststellt: «Die Fabrikanten militärischer ‚Dauerwaren' — Flugzeuge, Raketen, elektronische Apparaturen usw. — bilden heute vielleicht zum erstenmal in der amerikanischen Geschichte einen machtvollen, wohlgegliederten Interessenblock, dessen Fortbestand von der Weiterführung des Rüstungsprogramms abhängt. Die Gegenkraft derjenigen, die sich für Vernunft, Nüchternheit, Erziehung, Gesundheit, Erneuerung des Stadtlebens und Hilfe für verelendende Völker einsetzen, kommt leider gegen die modernen ‚Kaufleute des Todes' und ihre bewußten oder unbewußten Verbündeten nicht auf. ... Noch schlimmer: Man kann viel vorbringen für die Behauptung, daß eine echte Lösung der internationalen Spannungen wie auch ein echtes Abrüstungsprogramm auf den heftigsten Widerstand derjenigen stoßen, deren Interessen durch die Fortsetzung des Wettrüstens am besten gewahrt werden. Diejenigen, die unsere gegenwärtige Haltung gegenüber China unterstützen, diejenigen, die ständig bereit sind, uns im Nahen Osten oder in Deutschland an den Rand des Krieges zu führen, sind weder Baumeister des Friedens noch Vorkämpfer einer friedlichen Koexistenz. Peter F. Ducker hat den Finger auf den Kern der Sache gelegt, wenn er sagte: ‚Auf internationalem Gebiet ... ist möglicherweise die Militärtechnik die Grundursache für die internationale Spannung, und es ist nicht umgekehrt so, daß die Spannung schuld wäre an unseren militärischen Anstrengungen.' Es ist tatsächlich Heuchelei, eine Beilegung der internationalen Konflikte zu verlangen als Vorbedingung für die Abrüstung. Es kann weder Frieden noch auch nur eine fruchtbare Bemühung um den Frieden geben, solange das Rasseln mit A- und H-Bomben als die beste diplomatische Methode gilt.»

Die Gegenkräfte, von denen Professor Baran redet, sind zwar im Augenblick gewiß noch ohne spürbaren Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik, aber da sind sie eben dennoch und arbeiten sehr zielklar.

Es braucht nur, nach der vorläufigen Erholung von der «kleinen Krise» der letzten zwei Jahre, eine wirkliche Erschütterung der amerikanischen Wirtschaft zu kommen, etwa im Gefolge der fortschreitenden Automation, die Millionen von Arbeitskräften lahmzulegen droht, ohne daß (im Kapitalismus!) anderweitig für sie gesorgt werden kann, oder es mag die amerikanische Wirtschaftsausdehnung an der Absperrung der bisher unterentwickelten Völker von der kapitalistischen Welt ihre Grenzen finden — und der militärischen Druck- und Drohpolitik der Vereinigten Staaten wird der Boden bald entzogen sein. Schon jetzt beginnt der lebhafter werdende Reiseverkehr zwischen Amerika und der Sowjetunion, verbunden mit Veranstaltungen wie der USA-Ausstellung in Moskau und der sowjetischen Ausstellung in Neuyork, ein Klima zu schaffen, in dem die Panikmacher und Aufrüster nicht mehr so leichte Arbeit haben wie bisher. Wenn das ein Jahrfünft so weitergeht, ohne daß die noch keineswegs erledigten Präventivkriegsspekulanten zum Zuge kommen, dann mag, zusammen mit einer entsprechenden Änderung der Wirtschaftslage und des internationalen Kräfteverhältnisses, doch die Voraussetzung für jene Wendung des außenpolitischen Kurses der Vereinigten Staaten geschaffen werden, ohne die es keinen friedlichen Wettbewerb zwischen der westlichen und der östlichen Welt gibt.

Der lateinische Block Am bösartigsten gebärdet sich zurzeit die kapitalistisch-nationalistische Reaktion in Frankreich. Das «neue» Regime ist nun schon mehr als ein Jahr am Ruder, aber es wäre blutiger Hohn, wollte man behaupten, es habe wirklich so etwas wie eine nationale Erneuerung zustande gebracht oder auch nur angebahnt. Ja, nationale Prestigepolitik betreibt de Gaulle bis zum Überdruß. Er läßt es dabei sogar auf ziemlich ernste Konflikte mit Frankreichs Verbündeten ankommen. Nachdem er die französische Mittelmeerflotte dem Einheitskommando der NATO entzogen hatte, machte er auch Miene, dem NATO-Kommando, das heißt den Amerikanern, die Verfügung über die in Frankreich gelagerten Atomwaffen zu verweigern, so daß General Norstad kurz entschlossen mehr als zweihundert Bombenflugzeuge, die bisher in Frankreich stationiert waren, nach Westdeutschland und England verlegte, während Frankreich seinerseits die Herstellung eigener Atombomben beschleunigt. Ob die Regierung de Gaulle mit diesem Pochen auf die Großmachtstellung Frankreichs wirklich ein verstärktes Mitspracherecht innerhalb der NATO zu erzwingen imstande ist, mag zweifelhaft erscheinen; immerhin hat sie erreicht, daß sich die Vereinigten Staaten nunmehr in aller Form für die Unterstützung der französischen Algerienpolitik in der UNO erklärt haben, wo sie dauernd scharfen Angriffen namentlich von seiten der afrikanischen und asiatischen Staaten ausgesetzt ist.

Der Algerienkrieg selber geht inzwischen so mörderisch weiter wie bis anhin. Er fordert nach den Angaben einer Denkschrift, die 21 afrikanische und asiatische UNO-Delegationen dem Vorsitzenden des Sicherheitsrats überreicht haben, Monat für Monat rund 4000 Todesopfer. «Die französischen Streitkräfte», so heißt es in dem Schriftstück, «setzen sich weiterhin über die Genfer Abkommen zum Schutz der Gefangenen hinweg. Etwa eine Million Menschen wurden (in Algerien) gegen ihren Willen aus ihren Heimstätten verschleppt und leben unter elenden Bedingungen.» Wo ist aber die öffentliche Meinung der «freien Welt», die sich gegen diese nun jahrelang fortgesetzten Greueltaten auch nur mit entfernt ähnlicher Heftigkeit auflehnen würde, wie sie es angesichts der Unterdrückung des ungarischen Aufstandes durch die Sowjetarmee getan hat? Und wo ist in Frankreich selbst, im «Lande der Menschenrechte», die Volksbewegung, die Scheußlichkeiten unmöglich machte, wie sie jetzt wieder in der (natürlich von der französischen Regierung verbotenen und nun heimlich verbreiteten) Denkschrift «La gangrène» («Das Brandgeschwür») enthüllt werden? Wenn man liest, welch unsagbarer Grausamkeit und Quälsucht französische Beamte und Offiziere in Paris und an anderen Orten gegenüber algerischen Gefangenen fähig sind, so leben die ärgsten Erinnerungen an die Untaten der Folterknechte Hitlers wieder auf, die das Gewissen der ganzen gesitteten Welt so maßlos empört haben.

Und das ist nicht alles. Die gleichen Gewaltmenschen und Abenteurer, die den algerischen Staatsstreich organisiert und dann de Gaulle zur Macht geführt haben, bereiten jetzt planmäßig den Übergang zum vollen Faschismus vor, dem sich de Gaulle anscheinend noch widersetzt. Der Pariser «Expreß» hat unlängst Auszüge aus einem 15seitigen Rundschreiben veröffentlicht, das in Tausenden von Exemplaren an französische Offiziere verschickt wurde und in dem General de Gaulle als «alter Schwächling» behandelt wird, der «von einer Bande Verräter umgeben» sei und beseitigt werden müsse. Die Generäle Massu und Challe (der zweite ist Oberkommandierender in Algerien) sollen, wie Marschall Juin mitteilte, erklärt haben, die französische Armee müsse die ganze Nation auf eine kommende «große Kraftprobe zwischen Ost und West» hin drillen. «Wir schmieden jetzt», so sagen sie, «eine Armee, die auf einer Front kämpfen wird, welche sich vielleicht ununterbrochen von Brest bis zum Ural erstrecken wird . . . Wir müssen Atombomben haben, sobald wir sie nur bekommen können.» Mag die Ankündigung der großen Abrechnung mit dem Osten auch nur Mittel zum Zweck der Erregung einer nationalistischen Panikstimmung sein — die Aussicht auf ein innerfranzösisches Regime, das alle politischen Rechte und Freiheiten vollends ganz unterdrückt, ist um so ernster zu nehmen. Der durch den Mobilisierungsbefehl an 175 000 Eisenbahner erzwungene Widerruf des Eisenbahner-

streiks, der auf den 16. Juni angesetzt war, und ähnliche, wenn auch nicht so dramatische Maßnahmen zur Erstickung des Widerstandes gegen die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter- und Angestelltenbevölkerung nehmen sich wie Vorspiele zu den weit böseren Dingen aus, die da kommen werden, wenn es den Scharfmachern auf der Rechten gelingt, sich endgültig durchzusetzen und den «senilen» de Gaulle an die Wand zu drücken.

Kein Wunder freilich, daß sich «mon général», wie sein Besuch in Italien gezeigt hat, eifrig bemüht, die Freundschaftsbande, die das reaktionär-nationalistische Frankreich mit der gleichgesinnten lateinischen Schwester verknüpfen, zu stärken, und auch alles tut, um das Spanien Francos endlich zum geehrten Vollmitglied des Bundes freier Nationen machen zu lassen. Die riesigen Kapitalien, die die Vereinigten Staaten in Spanien angelegt haben — zu wirtschaftlichen wie zu militärischen Zwecken — und die kürzlich erfolgte Aufnahme Spaniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft werden gewiß mithelfen, um die endliche Erreichung auch dieses Hochziels aller Edlen sicherzustellen . . .

Indien in Bewegung Daß unter solchen Umständen an eine Abkehr des Westens vom kriegerischen Antikommunismus und an ein tätiges Erwachen zur Abwehr der deutschen Gefahr vorderhand nicht zu denken ist, liegt auf der Hand. Es ist wie vor dem Zweiten Weltkrieg: Alle Warnungen vor der wirklichen Friedens- und Lebensbedrohung, die von Deutschland ausging, prallten ab an der Solidarität der Interessenten des Weltkapitalismus und an dem verblendeten Willen, im Bund auch mit den radikalsten Diktaturen der Rechten das Bollwerk des Weltkommunismus zu zerstören. Erst als es schon zu spät war, merkten die westlichen Demokratien, wo der gemeinsame Feind von West und Ost saß: im (europäischen) Reich der Mitte. Soll sich die Tragödie wiederholen? Man könnte es fast meinen, wenn man sieht, wie jetzt sogar Israel mithilft, die Deutsche Bundesrepublik wiederaufzurüsten. Es hat zwar eine gewisse Entschuldigung dafür in der Erwägung, «daß die Waffenlieferungen an Deutschland für Israel neue Möglichkeiten eröffnen, selbst mit notwendigen Waffen (gegen die arabischen Staaten H. K.) beliefert zu werden, und daß Frankreich die Beziehungen zwischen Israel und Bonn für notwendig ansehe» («Neue Zürcher Zeitung»). Aber daß solche «Realpolitik» sich ebenso rächen muß wie der im Komplott mit Frankreich und England angezettelte Präventivkrieg Israels gegen Ägypten, wird sich früher oder später mit völliger Sicherheit erweisen. Doch lassen wir die etwas verwickelten Vorgänge im Orient — auch das zähe Ringen zwischen arabischem Nationalismus und kommunistischem Revolutionarismus im Irak — für einmal beiseite und werfen wir einen Blick auf die weder dem kapitalistischen

Westen noch dem kommunistischen Osten verpflichteten Länder Süd- und Südostasiens, deren bedeutendste Indien und Indonesien sind.

Indien kämpft einen verzweifelten Kampf gegen den Hunger. Nicht erst heute freilich; auf die 34 sehr großen Hungersnöte der neueren Weltgeschichte entfallen 18 auf Indien; die letzte war 1943 mit etwa zwei Millionen Toten in Bengalen. Aber während sich in den meisten übrigen Ländern die Versorgung mit Nahrungsmitteln ständig verbessert, erweitert sich in Indien die Kluft zwischen Bevölkerungswachstum und Nahrungsmittelerzeugung in bedrohlicher Weise. «Indien», so schreibt René Dumont, der als Landwirtschafts-Sachverständiger kürzlich Indien bereiste, im «France-Observateur» (29. Mai 1959), «Indien erklärt sich seit seiner Geburt als ‚Wohlfahrtsstaat', begreift aber nicht genügend, daß die unterentwickelten Völker den unbedingten Vorrang den wirtschaftlichen Engpässen, den hauptsächlichen Produktionskräften geben muß: also vor allem der Bodenverbesserung, den Bewässerungsanlagen in der Landwirtschaft und sodann den Fabriken für Stickstoffdünger.» Indien habe auf diese Art jede wirkliche Landreform versäumt, die ohne ein gewisses Maß von Zwang nun einmal nicht durchzuführen sei. «Ergebnis von dem allem: Wenn man die gegenwärtigen Kurven der Nahrungsmittelerzeugung und der Bevölkerungsvermehrung weiterzieht, sieht man, daß sich ohne völlige und rasche Änderung von Methoden und Strukturen die Lage nur verschärfen kann. Die erste Kurve steigt vielleicht um ein Prozent im Jahr, und auch das ist nicht sicher; die zweite wird bald zwei Prozent übersteigen ... Im Jahr 1965 wird Indien 480 Millionen Einwohner haben, aber nur eine Produktion, um 360 Millionen ordentlich zu ernähren.» Und Dumont schließt mit der vielsagenden Feststellung: «Der landwirtschaftliche Wettbewerb China-Indien ist bereits von China gewonnen.» Das heißt: Wenn Indien sein Bevölkerungs- und Nahrungsproblem lösen will, so muß es irgendwie den Weg Chinas gehen.

Und nun ereignet es sich, daß gerade derjenige Gliedstaat Indiens, der am ehesten geneigt ist, diesen Weg zu gehen, in den letzten Monaten den schwersten Anfeindungen von innen und außen her ausgesetzt ist. Keine Angst: der südwestindische Staat Kerala hat sich auf durchaus demokratische Art (so wie es der Westen versteht), durch allgemeine freie Volkswahl, ein mehrheitlich kommunistisches Parlament und eine kommunistische Regierung gegeben, die mit dem früheren korrupten Parteisystem aufgeräumt hat. Er hat, wiederum in ganz gesetzmäßigem Verfahren, höchst vorsichtige Reformen, auch auf landwirtschaftlichem Gebiet, an die Hand genommen, die in einem westlich-demokratischen Land kaum angefochten werden könnten. Und doch setzen jetzt die Nutznießer des früheren Zustandes alle Hebel in Bewegung, um durch außerparlamentarischen Druck die Regierung zu stürzen, mit Mitteln also, wie man sie als undemokratisch und gewalttätig den Kommunisten sonst zum schwersten Vorwurf

macht! Es ist besonders das neue Unterrichtsgesetz, das den Anlaß zu den jüngsten bitteren Kämpfen zwischen Regierung und Opposition bot, weil es das Schulmonopol der Katholischen Kirche (die in Kerala sehr stark ist) zu beseitigen suchte. Aber hinter der Katholischen Kirche stehen als noch mächtigere Gegner des neuen Regimes die Plantagengesellschaften, die übrigen größeren Grundbesitzer und die Angehörigen der Hindu-Kasten, während die kastenlosen «Unberührbaren», die den Hauptteil des Proletariats bilden und die Unterstützung der Regierung gegenüber den Kastenmitgliedern und den Grundbesitzern genießen, natürlich das kommunistische Regime verteidigen.

Wie der Konflikt gelöst werden wird, ist noch nicht abzusehen; die indische Zentralregierung in Delhi und besonders Nehru scheuen vorerst vor einem diktatorischen Eingreifen in Kerala zurück. Aber es kann wohl sein, daß die dortige Regierung dem von allen Seiten auf sie ausgeübten Druck schließlich erliegt und zurücktreten muß, worauf dann Neuwahlen, die unter dem gleichen Druck der vereinigten Opposition vorzunehmen wären, die gewünschte «demokratische» Bestätigung des verfassungswidrigen Regierungswechsels zu erbringen hätten. Man sieht: Auch in Indien versteht man sich ausgezeichnet darauf, einen «Volkswillen» gegen ein Regime zu fabrizieren, das daran geht, Klassen-, Kasten- und Konfessionsvorrechte zu beseitigen! Ob diese Methode auch auf die Dauer Erfolg haben wird, ist eine andere Frage. Schließlich ist Kerala einer der fortgeschrittensten und aufgeklärtesten Staaten Indiens, in dem 97 Prozent der Jugend zwischen 7 und 20 Jahren und 50 Prozent der Erwachsenen lesen und schreiben können, während im gesamtindischen Durchschnitt noch immer 80 Prozent der Bevölkerung Analphabeten sind. Das Beispiel Chinas hat so alle Aussicht, auch in Kerala seine Wirkung auszuüben.

„Gelenkte Demokratie" in Indonesien Dem «chinesischen Weg» nähert sich immer mehr bereits Indonesien an. Seit seiner Befreiuung von der politischen Oberherrschaft der Niederlande ist ja Indonesien von einer Krise in die andere geraten. Eine Hauptursache dafür ist wohl darin zu suchen, daß trotz der Beseitigung der politischen Fremdherrschaft das wirtschaftliche Kolonialsystem großenteils weiterbesteht, mit arger Korruption des öffentlichen Lebens, schlechten Lebensbedingungen der Bevölkerung und ständigen Klassen- und Interessenkämpfen. Der Bürgerkrieg wurde sozusagen zur normalen Lebensform der Nation; reaktionäre Umsturzversuche wurden immer wieder durch diktatorische Unterdrückungsmaßnahmen abgelöst, bei denen demokratisch-freiheitlicher Geist nicht aufkommen konnte. Insbesondere Staatspräsident Sukarno war von jeher überzeugt, daß die westlich-bürgerliche Parlamentsdemokratie in Indonesien keinen Platz habe und nur allen zerstörenden und fortschrittsfeindlichen Kräften Spielraum schaffe. So trat er schon 1956 mit dem Plan einer Abschaffung

aller Parteien hervor. Als er damit nicht durchdrang, schlug er 1957 eine autoritäre Regierung der vier größeren Parteien vor, eingeschlossen die Kommunisten, die aber nicht «in dem Ding» sein wollten. Dafür fand dann seine Idee einer «gelenkten Demokratie» Anklang, mit einem Nationalen Rat, bestehend aus Vertretern beruflicher und gesellschaftlicher Volksgruppen (Arbeiter, Bauern, Militär, Frauen, Jugendliche, Intellektuelle usw.), als begutachtender Körperschaft an der Seite der Regierung. Eine Verfassunggebende Versammlung sollte gleichzeitig ein neues Grundgesetz ausarbeiten, das einige Gewähr für eine geordnete Entwicklung des jungen Staates bieten könnte. Sie kam damit aber nicht weit; von einer Weltreise zurückgekehrt, schlug Präsident Sukarno nämlich die Wiedereinführung der Verfassung von 1945 vor, mit einer nur dem «Volkskongreß» verantwortlichen, vom Parlament unabhängigen und mit außerordentlichen Vollmachten ausgestatteten Regierung. Die Nationalversammlung, in der die beiden mohammedanischen Parteien der Masjumi und der Nandatul Ulama die Mehrheit hatten, lehnte indessen den Plan ab (nachträglich haben die genannten Parteien ihm dann doch zugestimmt), so daß Sukarno ihn auf dem Verordnungsweg, das heißt diktatorisch, in Kraft setzte und die Verfassunggebende Versammlung auflöste.

Das Vorgehen des Präsidenten fand diesmal von vornherein die Unterstützung der Kommunistischen Partei, die, gestützt auf die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen, eine starke Stellung in Indonesien errungen hat und es von 4000 Mitgliedern, die sie im Jahr 1948 hatte, bis 1957 auf 1 800 000 Mitglieder gebracht hat. Doch ist es unwahrscheinlich, daß die Kommunisten in absehbarer Zeit maßgebenden Einfluß auf die Regierung erlangen werden; Präsident Sukarno ist jedenfalls überzeugt, daß er sie seinerseits in der Hand behalten werde, zumal die Armee, mit dem Generalstabschef Nasution an der Spitze, entschieden hinter ihm steht, wenn sie ihn nicht sogar selber lenkt. Sukarnos Plan ist nun, im Lauf von fünf Jahren die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen für eine ungestörte Entwicklung Indonesiens zu einem modernen, dem Sozialismus zustrebenden Industriestaat zu schaffen und inzwischen ein neues Wahlgesetz durchzubringen, das eine fortschrittliche Volksvertretung bringen und das politische Leben in ruhige Bahnen leiten könnte. Man wird sehen, wie weit sich diese Absicht verwirklichen läßt. Auf jeden Fall ist es nicht die Demokratie in ihrer westlich-kapitalistischen Prägung, die sich in Indonesien durchsetzen wird, sondern zunächst ein autoritär-diktatorisches Regime, das bei der ganzen wirtschaftlichen und geistigen Verfassung des indonesischen Volkes unvermeidlich erscheint, aber — so ist wenigstens zu hoffen — nur den vielleicht langwierigen Übergang zu einer s o z i a l i s t i s c h e n Demokratie bilden wird, wie sie in den «fortgeschrittenen» wie den «zurückgebliebenen» Ländern immer stärker zur Notwendigkeit wird.

China, Tibet und der Sowjetblock Völlig offen für den «chinesischen Weg» ist nun nach der Niederwerfung des Frühjahrsaufstandes natürlich Tibet. Allerdings wird sich, wie Horst Andel in der «Stimme der Gemeinde» (Darmstadt, 15. Juni) bemerkt, «ein Teil der Tibetaner noch beträchtliche Zeit den chinesischen Versuchen widersetzen, das Dasein des um Jahrtausende zurückgebliebenen Volkes modernen Vorstellungen anzugleichen. Den Widerstand reicher Klöster und einer Handvoll adeliger Grundbesitzer gegen die beabsichtigte Landaufteilung, die ihre bis dahin eifersüchtig gewahrte unangefochtene Machtstellung unterhöhlen mußte, als Freiheitskampf eines Volkes hinzustellen, konnte nur der phantasielosen westlichen Propagandabürokratie einfallen, die ihr Unwissen mit rücksichtsloser Demagogie kompensiert und nicht einmal merkt, wie sehr sie der eigenen Sache schadet. Die Auseinandersetzung zwischen Tibetern und Chinesen ist ein Teil des immer wieder bestürzenden, aber notwendigen Kampfes zwischen sterbenden und werdenden Kulturen, wie er die ganze Menschheitsgeschichte durchzieht.»

Im Mittelpunkt der Reformen, die jetzt in Tibet durchgeführt werden, steht naturgemäß die Aufhebung der an Hörigkeit grenzenden Abhängigkeit der Bauern von den Grundherren und ihre Ausbeutung durch unerträglich hohe Pacht- und Zinssätze. Nach der «Peking Review» (14. Juli) werden dieses Jahr die Bebauer von Boden, der nicht am Aufstand beteiligten Grundbesitzern gehört (nach Abzug des Saatguts), 80 Prozent der Ernte behalten dürfen, die früher zum weitaus größten Teil den Herren zufiel. Alle Wucherschulden, die bis Ende 1958 auf den Bauern lasteten und sie oft völlig erdrückten, sind gestrichen; für neue Anleihen darf nur ein Prozent Monatszins erhoben werden. Aber auch sonst wird die Lage der Bevölkerung in jeder Weise verbessert. Wege werden gebaut, Schulen eröffnet, Kraftwerke angelegt, neue landwirtschaftliche Betriebsmethoden eingeführt, die Arbeitslosigkeit bekämpft und was dergleichen Maßnahmen mehr sind. So ist doch zu erwarten, daß die Wunden, die der Aufstand und seine Unterdrückung dem Volk von Tibet geschlagen hat, allmählich verheilen und das Land einer gedeihlichen Zukunft ohne die untermenschliche Armut und Unwissenheit der Vergangenheit entgegengeht.

China selber geht seinen Weg mit Aufbietung aller Kräfte erfolgreich weiter, dauernd unterstützt durch die Sowjetunion, ohne die der Fortschritt der großen ostasiatischen Volksrepublik wesentlich mühsamer gewesen wäre und bleiben würde. Und nun werden neuerdings auf sowjetischer Seite sehr ernsthaft Pläne studiert, um alle kommunistisch regierten Länder zu einem einheitlichen Wirtschaftskörper zusammenzufassen, der einer ausgleichenden Lenkung im Kontinentalmaßstab unterstünde. Im kapi-

talistischen Lager tut man diese Pläne überlegen ab; «US News & World Report» zum Beispiel (15. Juni) meint, nur wenige westliche Volkswirtschafter glaubten daran, daß der Sowjetblock «solch eine Herausforderung der Wirtschaft der freien Welt riskieren» könne. Isaak Deutscher, der im «New Statesman» (4. und 11. Juli) ebenfalls darüber berichtet, ist anderer Meinung. Er gibt zu, daß die sowjetischen Wirtschaftsplaner vorsichtig arbeiten müßten, um die nationalen Empfindlichkeiten in den anderen kommunistischen Ländern nicht zu verletzen. Aber der «Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe», der vor zehn Jahren in Moskau gebildet wurde, so stellt er fest, nehme an Bedeutung immer mehr zu und entwickle sich allmählich zu einer Art internationaler Planungsbehörde. «Die Internationalisten in Moskau und anderwärts sehen den ganzen Sowjetblock samt China als eine mögliche einzige Wirtschaftseinheit und Marktgemeinschaft, fünf- oder sechsmal größer als der nordamerikanische Markt und doppelt so groß, als ein gemeinsamer amerikanisch-westeuropäischer Markt wäre.» Was für Möglichkeiten sich innerhalb eines derart riesigen Wirtschaftsraumes, in dem es keine Konkurrenz und keine Schutzzölle gäbe, für den technischen Fortschritt, für die Steigerung der Arbeitsergiebigkeit, für genormte Massenproduktion usw. bieten müßten, kann man sich heute noch kaum vorstellen. Die erwähnten «westlichen Volkswirtschafter» und ihr Publikum könnten sich mit ihren Voraussagen über die Lebensfähigkeit eines kommunistischen Weltwirtschaftskörpers ebenso täuschen, wie sie sich über die sozialistische Planwirtschaft ganz allgemein und ihre Leistungskraft auch getäuscht haben und weiter täuschen.

Sozialismus und Abrüstung! Die Lage ist jedenfalls schon heute so, daß sich nicht die kommunistischen Länder fürchten müßten, die Wirtschaft der kapitalistischen Welt zum Wettbewerb herauszufordern, sondern daß umgekehrt die Vertreter des kapitalistischen Systems allen Grund haben, die wirtschaftliche und kulturelle Überlegenheit des Kommunismus, wie sie sich namentlich den unterentwickelten Völkern darstellt, zu fürchten. Es ist doch einfach eine Tatsache, von der es Kenntnis zu nehmen gilt, daß die kommunistisch regierten Länder von Jahr zu Jahr stärker werden und ein Recht zu der Erwartung haben, in absehbarer Zeit die Lebenshaltung ihrer Völker mindestens auf den gleichen Stand zu bringen, den die altindustrialisierten Nationen — teilweise schon lange — erreicht haben, sofern nur der Frieden gesichert bleibt. Die kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaftsform anderseits geht, besonders in Westeuropa, offenkundig ihrem Ende entgegen. Sie war schon am Schluß des Zweiten Weltkrieges zur Ablösung durch sozialistische Ordnungen reif, und nur das massive Eingreifen der Vereinigten Staaten, die wirtschaftlich-finanziell wie politisch-militärisch (Atombom-

benmonopol!) auf dem Höhepunkt ihrer Macht angekommen waren, hat diese natürliche Entwicklung noch einmal aufgehalten. Aber die Zeit der kapitalistischen Wiederherstellung und der mit dieser verbundenen politischen Reaktion läuft ab; darüber kann auch die scheinbare Festigkeit der konservativen Regimes in England und Frankreich, in Westdeutschland und Holland, in Belgien, in der Schweiz, in Österreich usw. nicht hinwegtäuschen. Ja sogar in Nordamerika steht das mammonistische System tatsächlich auf viel schwächeren Füßen, als man gemeinhin anzunehmen geneigt ist.

Noch glauben die herrschenden Klassen freilich, durch Erregung und Wachhaltung der Angst vor einem kommunistischen Eroberungskrieg ihre Völker in den alten, überlebten Ordnungen festhalten zu können, einer Angst, die auf der geflissentlich verbreiteten falschen Vorstellung beruht, das eigentliche Wesen des Kommunismus sei zynische Unmenschlichkeit, Herrschgier und Tyrannei; alles andere, was er zu bieten habe, sei nur Lockmittel und trügerischer Schein. In Wahrheit ist es aber gerade umgekehrt: Der eigentliche Zweck des Kommunismus ist die soziale und nationale Befreiung der unterentwickelten Völker und Klassen, welche die westliche Demokratie und Christenheit nicht bewerkstelligen konnte, ja meistens nicht einmal w o l l t e. Und die Diktatur mitsamt der ganzen ihr dienenden materialistischen Welt- und Lebensanschauung ist nur das Mittel dazu, das dem natürlichen Menschen am nächsten liegt. So kommt durch die Wirksamkeit des antikommunistischen Propagandaapparates bei den westlichen Völkern eine völlig verzerrte Schau der Weltlage zustande, die, statt den Kommunismus Abbruch tun zu können, die sich frei nennenden Nationen nur hindert, die Aufgabe, die sich der Kommunismus zur Lösung stellt und die er mindestens klar erkennt, besser zu erfüllen, als es der Kommunismus vermag. Denn jetzt handelt es sich längst nicht mehr darum, eine im ganzen richtige und brauchbare Gesellschaftsordnung und Lebensform vor dem Einbruch eines freiheits- und menschenfeindlichen Barbarentums zu retten; es geht vielmehr darum, eine im ganzen falsche, ungerechte und zum schweren Hindernis für Recht und Freiheit, Frieden und Volkswohlfahrt gewordene Ordnung zu überwinden und zu einer neuen, menschlicheren und gerechteren Volks- und Völkergemeinschaft durchzustoßen. Was jetzt über die unbedingte und vordringliche Notwendigkeit gesagt wird, «die Freiheit» als Voraussetzung des Friedens zu verteidigen oder wiederherzustellen, ist wirklichkeitsfremdes Gerede, ist im besten Fall nur eine halbe Wahrheit ohne die Erfüllung der Grundnotwendigkeit, die bürgerlich-kapitalistischen Ordnungen aufs entschlossenste zu zerbrechen, und ist darum schlimmer als eine ganze Lüge.

Ob der westliche Sozialismus diese Lage klar genug erfaßt, um sie meistern zu können, ist die Schicksalsfrage, die an ihn gerichtet ist. Vielleicht daß doch ein neuer Zug in die Weltpolitik käme, wenn in

Großbritannien, in Westdeutschland, in Frankreich, in Italien die sich zum Sozialismus bekennenden Parteien maßgebenden Einfluß auf die Regierung bekämen. Sieht man sich freilich gewisse «revidierte» (nach rückwärts revidierte) Programme sozialdemokratischer Parteien an, etwa dasjenige der westdeutschen Sozialdemokratie, das wie das neue Programm der schweizerischen Sozialdemokratie nicht nur den Marxismus, sondern den Sozialismus selber über Bord wirft, und liest man die meist jämmerlich schwächlichen Resolutionen, die am Kongreß der Sozialistischen Internationale in Hamburg gefaßt wurden, dann möchte man alle Hoffnung verlieren, daß aus der kleinbürgerlich-militärgläubigen Sozialdemokratie noch irgendein wirklicher, starker Antrieb zur Schaffung sozialistischer Lebensformen hervorgehen könne. Da müssen schon die Völker selbst aufstehen und den Durchbruch zu der neuen Welt vollziehen, die wir ersehnen. Es muß die Bewegung gegen die atomare wie die «konventionelle» Aufrüstung ganz andere Mächtigkeit gewinnen als bisher und über Halbheiten, ja Unwahrheiten klar hinauskommen, wie sie jetzt zum Beispiel die britische Labourführung praktiziert, indem sie vorgibt, sofort für den Verzicht Englands auf Atomwaffen einzustehen, wenn es sicher sei, daß auch alle anderen in Betracht kommenden Länder einen solchen Verzicht aussprechen. Als ob es nicht umgekehrt sicher wäre, daß sowohl Frankreich als Westdeutschland um jeden Preis ihre Atombomben haben wollen, und als ob nicht die Gefahr bestünde, daß dann auch Ägypten und Pakistan, Südkorea und Japan Kernwaffen in die Hand bekommen und dann ein allgemeiner Atomkrieg von jedem Abenteurer entfesselt werden könnte. Nein, es muß endlich einmal ein Land und Volk einseitig vorprellen und auf jedes Risiko hin die Atomwaffen verpönen — ein Risiko, das ungleich geringer ist als die Fortsetzung und Ausdehnung des atomaren Wettrüstens, aber die Verheißung in sich trüge, daß das Beispiel des bedingungslosen Verzichtes auf Atomwaffen bei anderen Völkern Nachahmung fände und eine Abrüstungsbewegung auslösen würde, der nichts mehr zu widerstehen vermöchte.

Die Völker haben heute wahrhaftig andere, lebenswichtigere Aufgaben als die Weiterführung des Kalten Krieges. Sie haben entscheidende gemeinsame Interessen, die sie nur durch gemeinsames Handeln in friedlicher Koexistenz wahren können. Sie werden auf die Länge gar nicht imstande sein, die noch immer steigenden Rüstungslasten zu tragen, die ein verrücktes Militärdenken ihnen auferlegt (in unserer kleinen Schweiz haben sie bereits die phantastische Kostensumme von mehr als einer Milliarde Franken im Jahr erreicht), und ihre wirkliche Existenzsicherung im gemeinsamen Krieg gegen Hunger, Armut und Not einer unheimlich schnell wachsenden Weltbevölkerung finden müssen. Dr. G. Barraclough, der den Lehrstuhl für internationale Angelegenheiten an der Universität London innehat, sagt (in «The Na-

tion» vom 29. Juni) wohl mit Recht, daß innert 25 Jahren die Bevölkerungsfrage wahrscheinlich die wirkliche Herausforderung an den Westen wie an die kommunistische Welt darstellen und alle lebendigen Kräfte zur Tat aufrufen werde, und fügt hinzu: «Unsere Aufgabe ist heute, Zeit zu schaffen, damit diese Kräfte wirken können. Im Vergleich zu den Zielen, die sich die westliche und die östliche Diplomatie setzt und die ganz und gar unmöglich zu erreichen sind, ist das weder eine utopische noch eine unmögliche Aufgabe.» Werden wir angesichts des Bankrotts der Diplomatie und aller militärischen Machtpolitik bereit sein, uns dem wahren Kampf für das Weiterleben des Menschen auf unserer Erde hinzugeben, der uns aufgetragen ist?

23. Juli *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNGEN

Mit Macmillan in die Sowjetunion

«Wenige Leute, außer Kommunisten, haben von den Leistungen der Sowjetunion begeisterter gesprochen als Macmillan», schreibt Emrys Hughes in seinem Büchlein «Pilgerfahrt in Rußland». Hughes erhielt Gelegenheit, mit dem Premier und dem englischen Außenminister all jene Städte — Moskau, Kiew, Leningrad — zu besuchen, die auf dem Reiseprogramm standen. So kommt es, daß er, als einer der unentwegtesten Gegner Macmillans im Unterhaus, heute, einige Monate später, die Reise als «eines der bedeutenden diplomatischen Ereignisse der letzten zehn Jahre, als Meilenstein in den Beziehungen zwischen dem Westen und der kommunistischen Welt» vor uns erstehen lassen kann.

Das Büchlein, mit 12 Karikaturen von Vicky und einigen Photos der Taß-Agentur vom Peace-News-Verlag herausgebracht, gibt uns Gelegenheit, Hughes' Reise mitzuerleben. Er spricht Russisch und kennt das Land aus mehreren Aufenthalten. Zudem war er als Spezialkorrespondent der «Tribune» und Parlamentsmitglied für sein Unternehmen besonders gut placiert.

Was für uns von besonderem Interesse sein muß, ist Hughes' Versuch, eine Alternative zur Politik des Kalten Krieges zu entwerfen. Selbst Macmillan schien zu fühlen, eine solche Alternative sei fällig als er beim Besuch der Universität auf dem Lenin-Hügel in Moskau sagte: «Wir haben zwei Kriege durchgemacht, und ich weiß, daß nur der Friede den Fortschritt bringt.» «Er hatte sich von der Stimmung der lebensfrohen jungen Studenten mitreißen lassen», fügt Emrys Hughes hinzu. «Wir haben manchmal Mühe, uns zu verstehen, es gibt Schwierigkeiten und Hindernisse, doch ist es die Aufgabe der Staatsmänner, alles in ihrer Macht Liegende zu tun, um solche Hindernisse